

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 3 / September 2017

Liebe KollegInnen und Kollegen!

Nationalratswahl 2017

Mit Sicherheit Wahlen gewinnen? Mit Sicherheit – gegen die Bevölkerung!

Parteien tun auf „neu“, spielen „Bewegung“

Alles „bewegt“ sich: Die ÖVP-Granden lassen Kurz „bewegen“, um wieder Kanzler(partei) zu werden. Der grüne Pilz „bewegt“ sich, weil er sonst keinen Parlamentssitz mehr ergattert. Das Team Stronach „bewegt“ sich – ins Aus. Die Neos „bewegen“ sich zur Griss-Show. Und alle bewegen sich politisch immer schneller nach rechts – auch die Kern/Niessl/Doskozil-SPÖ mit ihrem Kriterien- und „Werte“-Katalog“ für die Zusammenarbeit mit der FP. Nur einer „bewegt“ sich nicht, ist schon dort: die FP von Strache-Hofer-Kickl & Co. Sie ist stramm rechts.

Alle Parteien marschieren im Namen von „Schutz von Sicherheit und Heimat“ politisch nach rechts: Sie meinen dabei nicht die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, also Schutz vor sinkenden Reallöhnen und Realpensionen, Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen usw. Sie meinen nicht den Schutz der Heimat vor Landflucht und Infrastrukturausdünnung. Gerade die ÖVP-FPÖ-Regierung hat dazu beigetragen, die Nahversorgung und das Leben am Land zu vernichten, sodass Post, Banken, Polizei, Gerichte, Geschäfte am Land geschlossen wurden.

Kurz eifert Haider nach, Strache ist schon rechts, Doskozil eifert Kurz und Strache nach, Griss meinte schon im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 sinngemäß, „der Nationalsozialismus hätte nicht nur ein böses Gesicht gezeigt“. Der Kabarettist Düringer wiederum hat einen Antisemiten als Listenführer, Peter Pilz sieht in seinem Selbstverständnis als „Linker“ nicht in der Ungleichverteilung, in der Ausbeutung, sondern ähnlich wie Kurz und Strache im politischen Islam die Hauptgefahr und im Schlagwort „Heimat“ die Lösung. Die Grünen sind wie die anderen auch EU-hörig, haben mit Ulrike

Lunacek eine der VizepräsidentInnen des EU-Parlaments zur Spitzenkandidatin.



Vom wirklichen Leben der Menschen sind diese Damen und Herren meilenweit entfernt, wollen uns aber weismachen, dass eine Wahl des/der einen oder des/der anderen uns für die Zukunft etwas Gutes bringen würde. In Wirklichkeit sind alle neoliberal bis offen rechts und der Profitwirtschaft und nicht der Solidarwirtschaft und -gesellschaft verpflichtet. Aber nur in einer Solidargesellschaft können die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme angegangen werden.

Für die Bewerbung der eigenen hochbezahlten Politzukunft im Interesse der neoliberalen Wirtschaft wenden die Parteien und ihre Spitzenkandidaten Millionen aus Steuergeldern auf. Darüber hinaus werden sie von Millionären oder Milliardären mit Hunderttausenden Euro direkt gesponsert. Zum Beispiel finanziert Strabag-Chef Haselsteiner die Neos oder zahlt der KTM-Chef rund eine halbe Million Euro an Kurz. So kaufen die G'stopften, wie schon in den USA üblich, immer offener die Politik. Dass Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung auf Wirtschaftsprogramme der Parteien, vor allem von denen von Kurz-VP, FP und Neos, Einfluss nehmen, ist genauso bekannt, wie etwa auch der Einfluss auf die Schwarz-Blau Landeregierung in Oberösterreich.

Dabei geht es nicht um die Gestaltung einer guten Zukunft für alle, für die Millionen von Menschen in Österreich, sondern in Wirklichkeit darum, dass einige wenige Personen und Firmen weiter und noch mehr Millionen machen können.

Um davon abzulenken wird vor Wahlen so getan, als ob alle Parteien nur an den Wähler, an die Bevölkerung denken. Da wird auf einmal von der ewigen Blockierpartei ÖVP (seit 31 Jahren ohne Unterbrechung in der Regierung!) von „Gerechtigkeit“ gesprochen, heuchelt der Hetzer Strache plötzlich „Fairness“ oder gibt die SPÖ trotz ihres neoliberalen „Plan A“ vom Jänner 2017 vor, jetzt besonders für die „kleinen Leute“ zu sein. So kam es, dass z.B. die Abschaffung des Pfleregeregrees, die „Aktion 20.000“, der „Beschäftigungsbonus“ im Parlament oder ein Mindestlohn von 1.500 brutto im Monat bis 2020 durch die Sozialpartner beschlossen wurde. Die vorgesehene Mini-Pensionserhöhung um 1,6%, für Kleinstpensionisten auf Drängen der SPÖ um 2,2%, wurde – wahlbedingt – sogar mit Zustimmung der ÖVP beschlossen. Ganz ausgeblendet wird, dass allein in diesem Jahr viele weitere, schnell durchgepeitschte Gesetze vor allem den Firmen massive Erleichterungen und Förderungen gebracht haben. So bringt z.B. der Beschäftigungsbonus den Unternehmern 2 Mrd. € bis 2020. Oder die „Bildungsreform“: sie zementiert den Einfluss der Landesfürsten über „Bildungsdirektionen“ noch mehr ein, bringt aber für Schüler, Eltern und Lehrer keinen Fortschritt.

Doch wie schaut es für die Masse der Menschen im Land aus? Laut aktuellem AK-Arbeitsklimaindex kommen 47 % (!) der Österreicher (Männer und Frauen), sogar 54 % der Frauen (!!), mit ihrem Einkommen nicht oder gerade noch aus. Der Reallohn ist seit 2010 nicht gestiegen!

Arbeit: Zu wenig zum Leben

316.500 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte verdienten im Jahr 2015 laut AK-OÖ weniger als 1.700 Euro

brutto, zwei Drittel davon sogar weniger als 1.500 Euro brutto. Darüber hinaus gibt es 300.000 Teilzeit- oder nicht ganzjährige Beschäftigte, die noch weniger verdienen. Wirtschaftsbosse, Manager und Politiker verdienen das 10- bis 40-fache im Monat. Zum Vergleich: Die offizielle Armutgefährdungsgrenze liegt heuer bei 1.163 Euro netto monatlich für Einpersonenhaushalte. Die jetzt auf Druck der Stimmung in der Bevölkerung und vor den Wahlen beschlossene Mindest-Bruttolohn-Vereinbarung von 1.500 Euro brutto im Monat für alle bis 2020 ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und in vier Jahren von der Inflation längst aufgeessen, wie übrigens auch die Pensionserhöhungen.

Durch die rasante Automatisierung (Roboter) und Digitalisierung wird es in Zukunft noch weniger Arbeit und so noch weniger Vollzeitbeschäftigte geben, sollte es zu keiner wesentlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kommen.

Rund eine Million Menschen in Österreich leben an der Armutsgrenze. Besonders davon betroffen: Frauen und Kinder. Schon jetzt steigen die Zahlen der beschönigend und verschleiern so genannten „bedarfsorientierten“ Mindestsicherung, weil immer mehr arbeitslos werden und viele trotz Arbeit mit dem dafür bezahlten Gehalt oder Lohn kein Auskommen finden. Die Menschen müssen dafür die erniedrigende Prozedur der Beantragung der Mindestsicherung in Kauf nehmen, um wenigstens i n S u m m e auf maximal 838,- Euro im Monat (für Alleinlebende) kommen zu können. Doch die meisten Mindestsicherungsbezieher erhalten rund 300,- Euro, weil sie trotz bestehender und meist prekärer Arbeitsverhältnisse weniger als die Mindestsicherung erhalten. Es gibt halt bei rund 400.000 Arbeitslosen nur rund 60.000 offene Stellen. Trotz der ständig wiederholten Behauptung „Wer arbeiten will, findet Arbeit“, ist da keine ordentliche Arbeit zu finden.

Der jüngst beschlossene „Beschäftigungsbonus“ (mit 2 Mrd. € für die Unternehmer via Halbierung der Lohnnebenkosten aus dem Budget, also aus unseren Steuergeldern bezahlt) oder die „Aktion 20.000“ für Langzeitarbeitslose in Modellregionen v.a. in Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen – bedeutet die Verbilligung der Arbeitskräfte für die Unternehmer und in der Folge weiteren Lohn- und Gehaltsdruck für alle Arbeitenden oder Arbeitssuchenden. Vom so immer niedriger werdenden Lohn oder Gehalt wird man auch dann nicht „besser“ leben können, wenn unter dem Motto „Arbeiten muss sich lohnen“ die Mindestsicherung weiter gekürzt wird wie es vor allem Kurz, Strache und Neos und hinter vorgehaltener Hand auch so manche SP-„Rechtsausleger“ verlangen. Davon profitieren nicht die Arbeitenden, sondern die

Unternehmer und Konzerne, die noch mehr aus den Arbeitern und Angestellten herausholen und noch mehr Gewinne zum Spekulieren ansammeln und somit letztlich zum Ruin der gesamten Volkswirtschaft beitragen.



aus: Die Arbeit, 3/17

Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammer müssen diese ungeheuerlichen Angriffe der Wirtschaft gemeinsam mit ihren Mitgliedern offensiv und aktiv bekämpfen!

Falsche Auswege

Es gibt keinen Ausweg in der „Mitte“ oder „Halbrechts“ wie ihn SPÖ-Kanzler Kern mit seinem „Sicherheitsminister“ Droschitz jetzt geht. Dieser Weg der Anbiederung an die Scharfmacher in der Wirtschaft (verstärkt Liberalisierung bei Arbeitszeit, Gewerbe, Schulautonomie, Profitförderung) und ihre offenen Verbündeten Kurz, Strache (z.B. in der Frage der Armen, Arbeitslosen, Überwachung, Aufrüstung nach innen, Flüchtlinge) oder Neos (Abschaffung der Kammern, 12-Stunden-Tag usw.) beziehungsweise die Überlegungen zu einer künftigen ÖVP-FPÖ oder SPÖ-FPÖ-Koalition führen letztendlich schnurstracks nach rechts. Sind auch die SPÖ-Spitzen tatsächlich bereit, für den bloßen Machterhalt die Drecksarbeit fürs Kapital, für Kurz und Strache, zu machen und dafür den arbeitenden Menschen großen Schaden zuzufügen?

Wer heute die von Industrie und ihren direkten politischen Vertretern ÖVP, FPÖ, NEOS forcierte und von der SPÖ mitgetragene Ausbeutung, Überwachung und Unterdrückung von Armen, Arbeitslosen, Ausländern oder Flüchtlingen durchführt oder duldet, kann morgen selbst Zielscheibe so einer hetzerischen Politik sein.

Die Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, die immer lauter werdenden

Angriffe auf Kollektivverträge, gesetzliche Arbeitszeitregelungen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben zum Ziel, die arbeitenden Menschen, die gesamte Bevölkerung einzuschüchtern, ja mundtot zu machen. Interessanterweise redet kaum jemand über die Rechtsanwalts-, Notariats-, Apotheker- Ärzte-, Wirtschaftstreuhänder- oder Landwirtschaftskammern.

Wer auf Schwarz-Blau oder Rot-Blau hofft, der schaue sich an, was solche Regierungen für nachhaltige Verschlechterungen für uns arbeitende Menschen gebracht haben. Die Rot-Blau Regierung 1983 bis 1986 brachte z.B. den Beginn der Zerschlagung und des Ausverkaufs der Verstaatlichten Industrie oder die gewaltsame Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au. Die ÖVP-FPÖ-Regierung 2000 bis 2006 brachte den größten Pensionsraub der 2. Republik (bis zu 30% weniger Pension als davor), die Übernahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungen durch die schwarzen Wirtschaftskammerer und Sozialversicherungs-Spitzenposten auch für die FP, die Totalprivatisierung der Verstaatlichten (weit unter dem tatsächlichen Wert und mit der Folge des Verlustes von weiteren Tausenden Arbeitsplätzen), die Zerschlagung der einheitlichen ÖBB usw. Und in beiden Fällen haben die jeweils nachfolgenden „großen Koalitionen“ von Rot-Schwarz keine der massiven Verschlechterungen zurückgenommen, sondern fortgeführt und weitere hinzugefügt.

Mit dem Thema „Sicherheit“ wollen alle Parteien unter dem Deckmantel, uns vor Flüchtlingen zu schützen, die die größte Gefahr für uns wären, die Wahlen gewinnen. Doch die größte Gefahr sind vor allem die Banken, Konzerne oder Rüstungsindustrien, die durch Spekulation, Steuerflucht, Aufrüstung und Krieg zur Absicherung ihrer Profite erst das Elend heraufbeschwören, das dann die Politiker vorgeben, im Namen von „Schutz und Sicherheit“ lösen zu wollen.

Schutz und Sicherheit, Erhaltung der Heimat?

Alle Parteien sind für die EU, für deren Militäraufrüstung. Die Neutralität, für die über 90% der ÖsterreicherInnen sind, ist für alle Herrschenden bloß eine Hülle. Selbst die Teilnahme Österreichs an EU- und NATO geführten Militäreinsätzen wie z.B. in Kosovo, Afghanistan, Mali, bei der EU-Frontex usw. werden als mit der Neutralität vereinbar hingestellt. Und die ach so EU-kritische und angeblich die Neutralität so hochhaltende FP ist seit dem Brexit sogar für die Atombewaffnung der EU!

Man sieht also: Mit Sicherheit wollen alle die Wahlen gewinnen, aber mit Sicherheit gegen uns!

Gerne würd' ich wählen gehen, aber wen?

So oder ähnlich hört man es dieser Tage von vielen Menschen. Völlig berechtigt. Mehr Menschen denn je sind unentschlossen. Die Skepsis der Menschen ist spürbar. Die Etablierten in Wirtschaft und Parteien reden uns aber trotzdem ein, dass es erste Bürgerpflicht sei, wählen zu gehen. So sollen wir wieder ein schlechtes Gewissen haben, um doch wieder ein Kreuzerl zu machen und 5 Jahre Ruhe zu geben. Aber: Muss ich essen, was mir da vorgesetzt wird? Nicht oder „ungültig“ zu wählen ist nicht böse oder gar dumm, wie uns vermittelt wird, sondern bei d i e s e r „Auswahl“ hoch politisch. Bei der Wahl gibt es keine echte (Aus)Wahl.

Der Punkt ist: Wer bloß wählt und damit glaubt seinen oder ihren politischen Beitrag geleistet zu haben irrt genauso wie diejenigen, die bloß nicht wählen gehen und glauben, damit höchst kritisch zu sein. Es kommt darauf an was wir aktiv, selber und gemeinsam tun! Das ist unsere wirkliche Kraft und Chance! Damit haben wir z.B. Zwentendorf, generelle Gen-Lebensmittel oder auch ein Berufsheer verhindert. Durch aktiven Widerstand der arbeitenden Menschen wurde im Jahr 2001 auch die von Schwarz-Blau geplante Zerschlagung der Sozialversicherung gestoppt.

Genau diese Kraft der Bevölkerung fürchten die Herrschenden. Darum haben sie sich – anlehnd an Frankreichs Präsident Macron – etwas „Neues“ einfallen lassen mit der Ansage „Wir (die alten Parteien) sind nun ‚Bewegung‘“. Doch genau darin steckt die große Lüge. Sie fürchten nur eines, dass sich die arbeitenden Menschen selbst zu bewegen anfangen.

Ähnlich wie schon jetzt in der FPÖ, täuschen die Etablierten samt ihren „Quereinsteigern“, die ihren neuen „Führern“ folgen müssen, jetzt „Bewegung“ vor. Einziger Sinn dieser „Bewegungs“-Epidemie von oben: die Kraft der Bevölkerung soll erst gar nicht aufkommen, soll wieder kanalisiert werden, nicht als eine Bewegung von unten den Etablierten gefährlich werden. Wir sollen nicht selbst unsere Angelegenheiten in die Hand nehmen.

Was es wirklich braucht – Bewegung von unten:

- von den Menschen am Wohnort – zum Beispiel gegen die unleistbaren Mieten
- von den arbeitenden Menschen aus der „Wirtschaft“, d.h. aus Betrieben, Büros und von den vielen Einpersonenernehmen (EPU) und sonst irgendwie Arbeitenden (Prekären, Cloud- und Crowdworkern usw.). Deren Arbeitsdruck steigt und steigt, deren Einkommen reichen oft nicht zum Leben aus und sie sind gezwungen, mehrere Jobs auszuüben. Die großen Firmen hingegen machen hohe Gewinne.

- von den wirklich auf der Seite der arbeitenden Menschen stehenden Belegschaftsvertretern in den Firmen und den Teilen der Gewerkschaften, die noch nicht ganz von der Sozialpartnerschaft angesteckt und umgedreht worden sind

Die arbeitenden Menschen brauchen dazu eine neue Organisation, müssen sich dazu neu zusammenfinden.

Außerparlamentarische, solidarisch Opposition von unten

Mag es dort oben auch neue Gesichter geben, geht es letztlich doch wieder nur darum, uns ihre ewiggestrigen Vorhaben aufzuzwingen.

Die Rechten machen sich jetzt schon in Polizei, Militär, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik breit und bestimmen die Politik. Sie verbreiten Angst und Schrecken durch Überwachungsstaat, Demokratie- und Sozialabbau im Namen von „Schutz und Sicherheit“ vor Ausländern, Fremden, Flüchtlingen, Arbeitslosen, Bettlern. So lenken sie in Wirklichkeit von den wahren Verursachern ab, von den 1% wirklichen Profiteuren und Absahnern und ihren Helfershelfern in der Politik, die geschützt werden sollen.

Um dem Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, dass wir uns selbständig und gemeinsam von unten organisieren und wehren. Es geht darum, dass die wahren Verursacher von Lohn- und Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Armut, Krieg und Flucht benannt und bekämpft werden: Dies sind die 1 % Reichen und Superreichen, die Konzerne, Versicherungen und Banken. Nur dann werden es die Rechten nicht so leicht haben uns gegeneinander auszuspielen.

- Produktivität, Wertschöpfung Gewinne der Firmen steigen, der Reichtum der wenigen Prozent an Vermögenden ist enorm und verursacht durch die Ungleichheit der Gesellschaft enormen Schaden.
- 1 % der Haushalte in Österreich verfügt laut Sozialbericht ca. über gleich viel Vermögen wie die unteren 80 %
- Mehr als vier Fünftel (82,2 %) des gesamten Steueraufkommens entfielen im Jahr 2016 auf Lohnsteuer, indirekte Steuern und sonstige Massensteuern – die Lohnsteuerreform 2015 ist schon heuer „aufgefressen“, das heißt, die Ausbeutung der breiten Masse steigt weiter
- Statt Arbeitszeitverlängerung bei Lohnraub („Flexibilisierung, 12-Stunden-Tag) muss es eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geben

- Schon eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden brächte rund 100.000 neue Arbeitsplätze
- Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Daher darf mit einer Besteuerung der Reichen, der Wertschöpfungsbemessung für Steuern und Sozialsystem und der Entlohnung auf Basis der tatsächlichen Wertschöpfung nicht länger zugewartet werden.
- Statt Überwachungsstaat braucht es ein verbrieftes, unbürokratisches Streik- und Demonstrationsrecht
- Solidarwirtschaft für alle, statt Sozialabbau und Profitwirtschaft für einige wenige
- Tatsächliche Neutralität statt direkter und indirekter Teilnahme an den EU- oder NATO-Aufrüstungsplänen und Militäreinsätzen.

Neutralität statt Kriegsteilnahme

Österreichs „SP-Verteidigungsminister“ Doskozil wetteifert nicht nur mit Strache, Sobotka und Kurz, wer der „rechtteste“ Flüchtlingsbekämpfer ist. Er zeigt sich als der Hauptbetreiber des Ausbaus des Bundesheeres zu einem Berufsheer für Auslandseinsätze im Zuge der EU unter Führung Deutschlands. Unter Bruch der Neutralität Österreichs präsentiert sich Doskozil immer mehr als Kriegsvorbereitungs- bzw. Kriegsminister. Am 7. Sept. 2017 gab es ein Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister in Tallinn. Dort erklärte Doskozil in Übereinstimmung mit Kurz die Teilnahme Österreichs an der SZZ (Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit), d.h. an dem Aufbau eines militärischen Kerneuropas! Das bedeutet unter anderem für Österreich: Militärische Kooperation mit den EU/NATO Staaten, Bereitstellung von Geldern zur Finanzierung von Militärinterventionen, gemeinsame Rüstungsprojekte, Steigerung des Rüstungsbudgets, Aufbau einer EU-Armee. Die Teilnahme an der SZZ ist mit unserer Verfassung (Neutralitätsgesetz) völlig unvereinbar!

Doskozil vertritt wohl die herrschenden Kreise die auch bei uns den Ausbau eines militärischen Komplexes samt einer Militarisierung unseres Staates wünschen. Diese Kreise befürworten die Kriegsteilnahme Österreichs an der Seite von Großmächten für deren geopolitischen Einfluss, für deren Profite. Dass die Herrschenden diesen Kurs verfolgen, zeigt unter anderem mit welchem positiven Echo Doskozil bedacht wird. Der „SP“ler Doskozil ist der Liebling der Medien. Er „kann“ mit Kurz, er „kann“ auch mit der FPÖ und bringt sich unter dem Beifall der Herrschenden schon als Kern-Nachfolger in Stellung. Das wäre ein noch weiterer Rechtsruck der SPÖ.

Die Beibehaltung der Neutralität wollen 90% der Österreicher! Verhindern wir, dass unsere Politik die Neutralität abschafft und uns in neue Kriege hineinzieht!

Hiroshima-Tag 2017

Im August jährten sich zum 72. Mal die Atombombenabwürfe der USA auf Japan. Heute drohen die USA Nordkorea mit der Auslöschung (US-Präsident Trump vor der UNO).

Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt 100.000 Menschen sofort, an den Folgeschäden starben bis Ende 2016 weitere 130.000 Menschen. Dass an Atomkraftwerken bis heute trotz ihrer katastrophalen Unfallgefahr und Unfallfolgen (siehe Tschernobyl oder Fukushima) festgehalten wird, hat nur damit zu tun, dass die Atom(rüstungs)mafia AKWs für die Atomwaffenproduktion braucht (siehe auch Artikel an anderer Stelle dieser Ausgabe).

In mehreren Städten fanden Gedenkaktionen statt. Wir beteiligten uns dieses Jahr aktiv an

der Kundgebung in Graz, gemeinsam mit den Initiativen Steirische Friedensplattform, Linke Stmk und Aktive Arbeitslose.

linke
LINKE stmk
www.linke.at
www.linke.at

FÜR EINE SOZIAL GERECHTE GESELLSCHAFT

RAUS aus EURATOM

Beendet den atomaren Wahnsinn

Vor 72 Jahren wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki durch US-Atombomben ausgelöscht!

Steirische Friedensplattform

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Aktive Arbeitslose Österreich
<http://www.aktive-arbeitslose.at>

UNSERE CHANCE
SOLIDARITÄT

Aluminium von der Hautcreme bis zum Klimawandel!

In unserer vorigen Ausgabe haben wir über die Gefahr durch Aluminium in unserer Nahrung, den Verpackungsmaterialien und in Kosmetikartikeln berichtet und wie von den EU-Behörden unter dem Einfluss von Industrie-Lobbyisten „bedarfsorientierte Grenzwerte“ festgesetzt werden – Grenzwerte, welche die Bedürfnisse der Industrie erfüllen aber die Bevölkerung schädigen. Wie weiter in der vorigen Ausgabe erläutert, wird bei der Luftverschmutzung durch Aluminium von den Behörden einmal weggeschaut und Grenzwerte werden noch nicht einmal angedacht.

Warum sieht der Himmel über den Ballungsgebieten oft so aus?



Zahlreiche Menschen fragen sich, warum man über den Ballungsgebieten an schönen Tagen morgens einen wolkenfreien, blauen Himmel beobachten kann, der dann aber binnen weniger Stunden von Kondensstreifen zugewoben, oder auch mit sternförmigen Figuren bedeckt wird. Diese Kondensstreifen halten sich recht lange und bilden dann eine diffus bedeckende Schleierbewölkung (Zirruswolken). Der blaue Himmel ist oft vollständig verhüllt.

Stellt man die Frage, ob die Messdaten für die Verunreinigung der Luft mit Aluminium mit dem Flugverkehr und ganz speziell mit den immer häufiger zu beobachtenden langlebigen Kondensstreifen über den Ballungsgebieten zusammenhängen, wird man in den Medien und von der Politik sofort als sogenannter Verschwörungstheoretiker eingestuft für dessen Paranoia am ehesten die Psychiatrie zuständig wäre. Zugegeben finden sich auf den entsprechenden Webseiten im Internet auch jede Menge von Berufs-Querulanten, Quacksalbern, rechts-rechten Unruhestiftern oder auch mental gestörten Persönlichkeiten, die fanatisch ihre kruden Ideen zur Ursache und Absicht dieser Wolken ausbreiten. Auch die sogenannten „debunker“, d.h. die Aufdecker oder Entlarver von Verschwörungstheorien agieren im Internet ähnlich fanatisch. Dieser Wust an Meinungen und Gegenmeinungen verdeckt vollkommen, dass es ernste Probleme dahinter gibt, die nicht nur unserer Gesundheit beeinträchtigen, sondern auch sehr eng mit unserem Klima zusammenhängen und tatsächlich eine Aufklärung und wissenschaftliche

Untersuchung sowie die Information der Bevölkerung nötig hätten.

Kondensstreifen sind sichtbare Spuren massiver Luftverschmutzung!

Kerosin, der Flugzeugtreibstoff ist vereinfacht ausgedrückt ein Winter-Diesel, der auch bei -50°C noch flüssig ist und die Abgase (CO_2 , SO_2 , Wasser, NO_x und Ruß) gehen ohne Abgasreinigung oder Partikelfilter (wie sie bei Dieselfahrzeugen am Boden vorgeschrieben sind) direkt in für Schadstoffe recht empfindliche Bereiche der Atmosphäre, die obere Troposphäre und die tiefere Stratosphäre in 9 – 13 km Höhe. Ein Verkehrsflugzeug stößt pro Stunde Abgase von bis zu **13 Tonnen Kerosin** aus. Pro Kilogramm Kerosin sind das rund 3,1 kg Kohlendioxid, 1,4 kg Wasserdampf, 10 g Stickoxide, 1 g Schwefeldioxid, 0,7 g Kohlenmonoxid, 0,15 g Kohlenwasserstoffe und 37 mg Ruß als Feinstaub. Allein für das Rollen zur Startbahn, bei sofortigem Start ohne (längere) Wartezeiten verbraucht ein Jumbo eine weitere Tonne und für den Start- und Steigflug noch einmal 5 t Kerosin. Auch die Landung in dichteren Luftschichten und langsamer Flug mit anschließender Bremsung durch Vollast-Umkehrschub erhöht den Verbrauch zusätzlich. Bedenkt man, dass sich mehr als 37,5 Mio. Flugzeuge pro Jahr weltweit in der Luft befinden (ATAG Air Transport Action Group, 2014) und allein in Europa pro Tag mehr als 30.000 kommerzielle Flüge durchgeführt werden ¹⁾ kann man ermessen, welchen Einfluss der Ausstoß dieser Schadstoffe auf unser Ökosystem hat. Laut

der offiziellen EU-Statistik eurostat 2017 werden vom Luftverkehr in den 28 EU Staaten 150 Millionen Tonnen CO₂, vom Transport auf der Straße 850 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Also 15% der Schadstoffbelastung wird schon vom Flugverkehr verursacht.¹⁵⁾ Über die schädlichen Auswirkungen des CO₂ auf unser Klima gibt es zahlreiche Berichte, die Stickoxide und der Feinstaub sind erst durch die betrügerischen Machenschaften der Autoindustrie bei Dieselfahrzeugen in die Schlagzeilen der Medien gelangt. Der Ruß in den Abgasen, also der nicht zu CO₂ verbrannte Teil des Kerosins hat dabei eine besondere Bedeutung. Passagiermaschinen produzieren heute keine schwarzen Rauchschwaden mehr, wenn sie starten. Beträchtliche Mengen an Ruß stoßen sie aber immer noch aus, man sieht ihn nur nicht mehr. Die ultrafeinen Rußteilchen im Nanometer-Bereich aus den Jettriebwerken dringen tief in die Lunge, wenn wir sie einatmen. Sie sind sogar noch kleiner als die Rußpartikel im Auto-Dieselabgas und schon diese gelten als äußerst gesundheitsschädlich²⁾. Bei den oben genannten Flugverkehrsdaten werden tausende Tonnen Ruß in Form von gefährlichem Feinstaub über Europa abgeblasen.¹⁵⁾

Trotz all dieser Informationen wollen uns unsere Politiker eine dritte Piste in Schwechat und noch mehr Transit-Flugverkehr und Abgase beschere. Nicht für uns Österreicher, die mit den ohnehin nur zu 60% ausgelasteten zwei Pisten bestens versorgt sind, sondern für internationale Umsteiger. Während 1998 knapp 50 % der Passagiere Österreicher waren, macht der Anteil im Jahr 2005 nur noch etwa 35 % aus. Mit einer dritten Piste will der Flughafen diesen Anteil auf 40% ausbauen. (Angaben der Umweltverträglichkeitserklärung der Flughafen Wien AG im Rahmen des Antrags für den Bau der dritten Start- und Landepiste.)

Doch die Gefährlichkeit der Flugzeugabgase geht weit über die Gesundheitsschädigung hinaus.

Wolkenbildung und Klimabeeinflussung durch Abgase aus dem Flugverkehr!

Die Größe und Beschaffenheit der Rußpartikel sowie das Schwefeldioxid das aus dem Schwefelgehalt des Kerosins stammen, die als sogenannte Aerosole ausgestoßen werden, bestimmen im Wesentlichen die Bildung von Kondensstreifen. Da es in den Reise-Flughöhen für Verkehrsmaschinen von etwa 10.000 Metern sehr kalt ist und die Luft für gewöhnlich auch sehr trocken ist, kommt es normalerweise durch das aus der Verbrennung entstandene Wasser zu keinen oder nur zu sehr kurzen Kondensstreifen, die auch schnell wieder verschwinden.

Über den industriellen Ballungsgebieten jedoch kann die durch den Verkehr und die Industrie erzeugte warme und auch feuchte Luft durch die Thermik bis auf 10 km aufsteigen, wo Temperaturen

um -50°C herrschen. Die bei diesen Temperaturen mit Wasserdampf übersättigte Luft wartet praktisch darauf, um durch Rußpartikel aus den Turbinenabgasen zum viel stärkeren Auskristallisieren zu Eiskristallen und zur Bildung von Kondensstreifen angeregt zu werden. Diese Kondensstreifen sind dann oft sehr langlebig und in weiterer Folge entstehen Schleierwolken (Zirren), welche durch ihre Beeinflussung des Klimas die Wissenschaft schon seit längerer Zeit mit Sorge erfüllen. Im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR Oberpfaffenhofen, Institut für Physik der Atmosphäre), werden schon seit den 90er Jahren Studien über die Bildung von Kondensstreifen in Ballungsgebieten durchgeführt und Modelle dazu publiziert.^{3), 4), 5)}

Die durch die Kondensstreifen erzeugte Schleierbewölkung trägt nämlich wesentlich stärker zur Erderwärmung bei als das gesamte von den Jets ausgestoßene Kohlendioxid. Durch diese Wolken aus Eiskristallen wird zwar ein Teil des einfallenden Sonnenlichts wie durch einen Spiegel wieder in das Weltall reflektiert, jedoch die Abstrahlung von Energie als Wärmestrahlung von der Erde wird vermindert. Die Erderwärmung und negative Klimabeeinflussung werden dadurch ganz enorm verstärkt. Noch dramatischer wird das Problem, wenn die von Kondensstreifen gebildeten Zirren neben der Verhinderung der Wärmeabstrahlung, der oberen Atmosphäre zusätzlich Feuchtigkeit entziehen, so dass die natürliche Bewölkung beim Herannahen einer Kaltfront vermindert wird. Dies kann besonders lokal zu dramatischen Effekten führen – in den Ballungsräumen verminderte Unwetterhäufigkeit, dafür aber verstärkte Unwetter mit Überschwemmungen und Murenabgängen an den Rändern. Im Zuge von recht aufwendigen Forschungsprogrammen wurde und wird die die Bildung dieser klimaschädlichen Zirruswolken untersucht und wurden und werden Modelle erarbeitet diese vorherzusagen und zu berechnen. Das Ziel ist dabei die Entstehung dieser Wolken zu verhindern.^{1), 6), 7), 8)}

Obwohl die Erkenntnisse über diese Gefahren des Flugverkehrs auch schon in der etwas „anspruchsvolleren Boulevardpresse“, wie dem Spiegel^{9), 10)} behandelt worden sind, gibt es von Seiten der Politik keinerlei Reaktion; nur die Vorwürfe Metalle, vor allem Aluminium und Barium als Hilfsmittel zur Erzeugung von beständigen Kondensstreifen einzusetzen, wurden von der Politik ganz vehement und entschieden in Abrede gestellt.

Sind im Dreck aus den Flugzeugdüsen auch Metalle?

Nun, die Vermutung der sogenannten „Verschwörungstheoretiker“ und auch einiger kritischer Journalisten, dass chemische Hilfsmittel eingesetzt

werden um das Klima zu beeinflussen hat seine Basis darin, dass schon lange versucht wird das Wetter und seine Manipulation für militärstrategische Ziele zu nutzen. Seit den 1950er Jahren wirkt der Erfinder der amerikanischen Wasserstoffbombe Edward Teller an entsprechenden US-amerikanischen Militärprogrammen mit und begründet das damit, dieses Feld nicht den Russen überlassen zu wollen. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auf die Verwendung von Aluminiumpartikeln zur Veränderung der Reflexion von Sonnenlicht und der Einsatz von Schwefel in Form von Schwefeldioxid und letztlich Schwefelsäure als Impfschubsubstanz zur Wolkenbildung diskutiert und auch ausprobiert.

Da letztlich die Wettermanipulation, sowie der Einsatz von chemischen und biologischen Kampfstoffen von der UNO gebannt wurden und öffentlich nicht mehr entwickelt werden dürfen, geschah dies ebenfalls unter der Mitwirkung von Edward Teller analog der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie als „friedliche Nutzung der Wettermanipulation“ und man nannte es „Geoengineering“. Dadurch soll die Erde über die Änderung der eingestrahlten Sonnenenergie und mit einigen zusätzlichen Manipulationen in den Ozeanen vor dem Klimakollaps wegen der Verbrennung der fossilen Rohstoffe Erdöl, Erdgas und Kohle gerettet werden.

Auch recht ernsthafte Arbeiten, wie des Schweizer Publizisten Matthias Hancke, der den Dokumentarfilm „Overcast“ produziert hat, gingen diesen Kondensstreifen und ihren Auswirkungen nach.¹¹⁾ Die Dokumentation Trojanische Wolken von Mileon K. (Kandascha) beschäftigt sich recht objektiv mit den sehr beständigen Kondensstreifen.¹²⁾ Immer wurde eine staatliche Untersuchung der Phänomene gefordert. Der Abgeordnete Sandro Brandolini (Italien, Demokratische Partei) hat drei parlamentarische Anfragen zur Untersuchung dieser Kondensstreifen eingebracht. In sehr vielen europäischen Parlamenten, auch in Österreich, wurden entsprechende Anfragen an die Parlamente gestellt und auch die EU-Kommission hat 2013 eine entsprechende Anfrage beantwortet. Die Antworten aller Ministerien¹³⁾ gleichen der Antwort der EU-Kommission: *„Die Kommission hat keine Kenntnis einer absichtlichen Freisetzung toxischer Substanzen wie Schwermetalle oder pathogener Substanzen, sei es vom Boden, von einem Flugzeug aus, die der menschlichen Gesundheit schaden würden“*.¹⁴⁾

Alle diese Kondensstreifen und die daraus entstehenden Wolken seien **„ganz natürlich“** und es gebe keine wissenschaftlichen Beweise für irgendwelche chemischen Zusätze lautet einhellig die Antwort der offiziellen Stellen.

Wenn man aber die wissenschaftliche Literatur durchsieht, erkennt man, dass nach den immer wieder genannten Metallen Aluminium und

Barium in den Kondensstreifen oder Flugzeugabgasen nie gesucht wurde und sie deshalb auch nicht gefunden wurden.

Erste wissenschaftliche Untersuchung von Turbinenabgasen

Um diese Partikel in Abhängigkeit von den Betriebsbedingungen der Flugzeugturbinen zu untersuchen, hat man nun erstmals an einer der renommiertesten technischen Universitäten der Welt, der ETH in Zürich, mit einem Prüfstand für Turbinen diese Aerosole beim Austritt aus verschiedenen Turbinen von Verkehrsflugzeugen untersucht und dazu eine Technik verwendet, welche zum ersten Mal neben der Masse und Größe der Partikel auch deren chemische Zusammensetzung messen konnte (Aerosol Time-of-Flight Mass Spectrometer / ATOFMS).

Zum großen Erstaunen der Forscher enthielten zumindest 36 % der untersuchten Partikel wenigstens eine metallische Verbindung. Insgesamt wurden 16 Metalle gefunden. Neben den schon genannten Aluminium und Barium also noch 14 weitere auch nicht harmlose Metalle, nach denen man bis jetzt noch nicht gesucht hatte.

Proben von Kerosin, Getriebeöl und Ablagerungen von Turbinenverschleißkomponenten wurden daraufhin ebenfalls untersucht und auch im verwendeten handelsüblichen Kerosin waren diese Metalle vorhanden. Dies ist nun das erste wissenschaftlich stichhaltige Ergebnis zu Metallen auf den Rußpartikeln der Turbinenabgase und diese können als Dotierung der ohnehin schon im Nanobereich auftretenden Rußpartikel die Reaktionsfähigkeit und damit die Wirksamkeit dieser Partikel als kondensstreifenbildende Aerosole um das zwifache verändern. Schon der Einsatz von Nanometallen könnte die Verbrennung des Treibstoffes zu einer besseren Treibstoffnutzung beeinflussen und damit eine Treibstoffersparnis bewirken. Die Verwendung von billigeren nicht so gut entschwefelten Kerosin und die resultierende Schwefelsäure könnte die Wirkung der nanostrukturierten Aerosole noch weiter potenzieren und bei der Interaktion mit der feuchten Atmosphäre die bis zu 17 Stunden bestehenden Kondensstreifen und die klimaschädlichen Schleierwolken auslösen.

Bei der schon im alten Rom gestellten Frage nach den Verursachern „cui bono“, wer hat etwas davon, kommen schon einige recht potente Nutznießer in Frage. Die Luftfahrtindustrie, die zum Beispiel durch bessere Verbrennung und optimale Flughöhen bzw. Routen Treibstoff sparen kann, aber auch die Erdölindustrie, die beim Entschwefeln des Kerosins Kosten sparen könnte.

Die Ballungsgebiete mit recht hohen Investitionen haben durch diese Schutzglocke aus Eiskristallwolken, die bis zu einem gewissen Grad auch

natürliche Wolken verringern oder sogar auflösen kann, auch eine geringere Anfälligkeit für Unwetter bei herannahenden Wetterumstürzen. Die starken Hagelschäden und riesige Regenmengen mit Muren und Überschwemmungen geschehen meist am Rande der Ballungsräume, wo weniger Schaden für Industriegüter entstehen kann. Auch der Verkehr an den Flughäfen in diesen Ballungsgebieten wird damit weitgehend geschützt. In den Ballungsgebieten wird es damit insgesamt aber überproportional wärmer und es regnet weniger.

Die offizielle Argumentation aus der EU und von den Länderministerien „Die Wolken sind ganz natürlich und der Gesundheit nicht abträglich“ wird damit nun sehr dünn und fadenscheinig.

Es zeichnet sich jedoch schon ab, wie weltweit amtlich reagiert wird. Als Beispiel kann die Antwort des deutschen Umweltbundesamtes vom September 2016 auf eine diesbezügliche Anfrage dienen, wo statt Geoengineering die Bezeichnung „**ungewollte klimawirksame Effekte**“ verwendet wird.¹⁶⁾

Versehentliche Klimamanipulation (accidental geoengineering)

Die wissenschaftlich aufgezeigten negativen Einflüsse auf das Klima werden somit „besorgt“ zur Kenntnis genommen und als „accidental geoengineering“ (versehentliches technisches Manipulieren des Klimas) oder wie oben vom UBA als „ungewollte klimawirksame Effekte“ angesehen. Die Anwesenheit der Metalle im Treibstoff wird als versehentlich bezeichnet und es wird versucht, dies durch die Herstellungsprozesse und den Transport zu erklären. Die Menge wird zudem mit 115 mg Metall pro kg Kerosin verniedlicht und es dürften eigentlich laut den Vorgaben für Kerosin sogar noch mehr an Feststoffen vorhanden sein. Wenn man aber bedenkt, dass die Verkehrsflugzeuge, welche diese Kondensstreifen hinterlassen bis zu 13 Tonnen Kerosin pro Stunde als Abgase ungefiltert in die Luft verblasen, dann kommen bei der Dichte des Flugverkehrs auch bei den angeblich so kleinen Metallmengen trotzdem Tonnen Metalle auf uns herunter und das in einer außerordentlich giftigen Form als Nanopartikel im Feinstaub. Die Probleme können „angeblich“ aber national nicht behandelt werden und müssen an internationale Gremien, die EU, die UNO, den Weltklimarat IPCC, die internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO und die internationale Seeverkehrsorganisation IMO (die Schiffsabgase würden einen eigenen Artikel füllen) delegiert werden. Sie werden damit auf die lange Bank geschoben, wo schon jede Menge von Lobbyisten sitzen. In der Antwort vom Bürgerservice des deutschen UBAs wird deutlich darauf hingewiesen, „**dass das Kyoto-Protokoll den internationalen Luft- und Seeverkehr aus den nationalen Verpflichtungen ausgeklammert hat**

und die ICAO und die IMO für zuständig erklärt hat. Leider ist aber in diesen Gremien bisher wenig passiert. In der ICAO wird aber an einer marktbasierter Maßnahme gearbeitet, die ab dem Jahr 2020 zu einem CO₂-neutralem Wachstum führen soll.“¹⁶⁾

Weder auf die negativen Gesundheitseinflüsse, noch auf die massiven Klimaeinflüsse wollen die nationalen Behörden somit reagieren oder zumindest Untersuchungen einleiten.

Betrachtet man die europäischen Ballungsräume in den großen Flusstälern und die großen Gebirgszüge (Alpen, Pyrenäen), dann kommt es auch durch die Wirkung der massiven Zirusbewölkung zu einem Abregnen der Wetterfronten vor allem im Zentrum des Kontinents und der Süden, die Iberische Halbinsel, Süditalien und Griechenland werden ausgetrocknet. Darüber hinaus bleiben auch weite Teile des Nahen Ostens und Afrikas trocken. Ein in seinen Folgen also ganz weitreichendes Versehen beim „versehentlichen“ Geoengineering. Wir sollen wahrscheinlich aber schon vorsichtig und langsam auf die „Rettung vor der Klimakatastrophe“ durch ganz massives Geoengineering vorbereitet werden.

Wenn man tatsächlich den vom UBA verwendeten Ausdruck von „**marktbasierter Maßnahmen**“, die erarbeitet werden sollen, ernst nimmt, dann erhebt sich die Frage, ob sich hier nicht die Industrie mit der Politik und den Behörden gegen die Bevölkerung verschworen hat und damit dabei ist, eine vermeintliche Verschwörungstheorie in eine reale Verschwörungspraxis umzusetzen.

Dazu mehr in der nächsten Ausgabe. Fragen zu Details können gerne an die Redaktion gestellt werden.

1) <http://journals.ametsoc.org/doi/pdf/10.1175/BAMS-D-15-00213.1>

2) <http://www.deutschlandfunk.de/abgase-im-flugverkehr-feinstaub-kommt>

3) <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1017/S1350482799001231/pdf>

4) https://www.researchgate.net/publication/316704526_Determining_stages_of_cirrus_evolution_A_cloud_classification_scheme

5) <http://journals.ametsoc.org/doi/pdf/10.1175/BAMS-D-15-00213.1>

6) <https://thinkprogress.org/nature-surprise-aircraft-contrails-may-be-causing-more-climate-warming-today-than-all-the-carbon-ac99cf17e7f5/>

7) <https://www.newscientist.com/article/dn20304-contrails-warm-the-world-more-than-aviation-emissions/>

8) https://www.researchgate.net/publication/225006992_Global_radiative_forcing_from_contrail_cirrus

9) <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/luftverkehr-erstmal-klimagefahr-durch-eiswolken-berechnet-a-754112.html>

10) <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/flugreisen-deutsche-reiselust-negativ-fuer-klimabilanz-a-912126.html>

11) <https://www.youtube.com/watch?v=APim8efkOLO>

12) https://www.youtube.com/watch?v=kBjBp_vsB94

13) <https://sedl.at/Chemtrails/Stellungnahmen>

14)

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-006621&language=EN)

[006621&language=EN](http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-006621&language=EN)

15) http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Climate_change_-_driving_forces

16) <http://blauerhimmel.info/wp-content/uploads/2014/11/UBA-Antwort-Sept.-2016.pdf>

Atomwaffen & AKW sind siamesische Zwillinge

Der AKW-Boom der 1950er bis 1980er Jahre ging von den Atommächten, allen voran den USA aus. Wenn es für die Verquickung von Atomwaffen und AKWs eines aktuellen Beweises benötigt, dann ist es z.B. aktuell der Bau des britischen AKWs Hinkley Point C.

Großbritannien: Hinkley Point C

Laut einer Studie der Universität Sussex (2016) soll der Atommeiler weniger der Energiegewinnung dienen, sondern vielmehr der militärischen Forschung. Geplant ist, Forschungsergebnisse aus den Reaktoren von Hinkley Point C in den neuen Reaktortyp der Atom-U-Boote fließen zu lassen. Da die genehmigte Summe von 31 Milliarden Pfund (= ca. 35 Mrd. Euro) zur Erneuerung der britischen Trident-Atom-U-Boot-Flotte nicht ausreichend ist, soll ein Teil der Kosten im zivilen Sektor untergebracht werden. Die Auslagerung in den „zivilen“ Bereich, also ins AKW Hinkley Point, soll diese horrenden, vom Staat - also aus Steuern - subventionierten militärischen Kosten, als für den „friedlichen Atomstrom“ erscheinen lassen.

EURATOM

Der 60 Jahre alte Vertrag zur „Europäischen Atomgemeinschaft“ ist ein Gründungs- und Grundlagenvertrag der EU und stand nie zur Diskussion. Auch nicht beim Beitritt des neutralen und AKW- und Atomwaffen freien Österreich. Dabei hatte und hat EURATOM die Förderung und Schaffung einer „mächtigen Atomindustrie“ zum Ziel.

Während offiziell viel von „Atomausstieg“ die Rede ist, machen EURATOM und ihre Mitgliedstaaten kräftig am Ausbau der Atomenergie mit. Und die ist nicht nur „ziviler“, sondern vor allem militärischer Natur – mit den AKWs als „friedliches“ Vehikel. So hat die EU-Kommission letztes Jahr in ihrem Atomprogramm PINC für die Hälfte der EU-AKW eine Laufzeitverlängerung von 40 auf 60 Jahre beschlossen. Zudem sollen bis 2050 80 AKWs mit 1.000 Megawatt Leistung neu errichtet werden. Dafür will die EU zwischen 350 und 450 Milliarden Euro hineinstecken; weitere 253 Milliarden für

Stilllegung und Entsorgung. Und das EU-Forschungsförderungsprogramm 2014 – 2020 mit rund 70 Milliarden Euro Volumen sieht erstmals auch offiziell die Atomforschung für militärische Zwecke vor.

Frankreich und Deutschland

Frankreich erneuert schon seit Jahren seine Atomwaffen um jährlich rund 5 Milliarden Euro. Nach dem Brexit und dem Regierungsantritt von US-Präsident Trump verlangt die EU-Außenbeauftragte Mogherini ganz ungeschminkt eine „Rüstungsrevolution“. In Deutschland wurde nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) Atom von 1970 bis 2010 mit 196 Milliarden Euro subventioniert. Kanzlerin Merkel will, da Deutschland keine eigenen Atomwaffen haben darf, eine Stärkung der EU-Armee. Ihre CDU-CSU verlangt eine „Ko-Finanzierung ausländischer Nuklearwaffenpotentiale durch Deutschland“ zu prüfen.

Österreich macht mit

In Österreich ist seit dem Brexit Großbritanniens und dem Eintreten Deutschlands für eine EU-Armee, auch FPÖ-Strache für eine starke EU, ja sogar für eine EU-Armee mit Atombewaffnung! Während Strache seinen Sympathisanten und Wählern den „Neutralitätsverteidiger“ mimt, ist er auf der Seite der EU- und Atomrüstungsindustrie und handelt real gegen die Neutralität Österreichs. Verteidigungsminister Doskozil wiederum schließt zwar ein Mitmachen bei einer EU-Armee derzeit aus, vollzieht aber gleichzeitig im österreichischen Militäralltag durch „Übungen“ und „Kooperationen“ unter dem schön klingenden Namen der „interessensgeleiteten Neutralität“ (in Wirklichkeit dem Ausverkauf der Neutralität) die Anbindung an EU-, NATO- und deutsche Militärpläne.

Quellen: Wikipedia, taz, 23.11.2016, <https://ec.europa.eu/energy/en/news/commission-presents-nuclear-illustrative-programme>; www.contra-magazin.com/2017/07/nukleare-teilhabe-atombombe-fuer-deutschland/; Solidarwerkstatt, EU-Kommission, Euratom, FÖS, www.foes.de: Was Strom wirklich kostet, 2011; www.gaaa.org/ Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen – GAAA).



„Es kommen härtere Tage. Die auf Widerruf gestundete Zeit wird sichtbar am Horizont!“

(Ingeborg Bachmann)

Ein Versuch zur Lösung der gegenwärtigen Migrations- und Flüchtlingssituation sowie die Frage nach den Fluchtursachen und deren Bekämpfung unter der scheinheiligen Berufung auf die abendländische Kultur und der ihr zu Grunde liegenden christlichen Werte.

Verfolgt man die täglichen Schlagzeilen in diversen Medien, kann man oftmals schon durch die dabei gewählte Ausdrucks- und Sprechweise den Einfluss christlichen Gedankengutes im sprachlichen Informationsalltag erkennen. Da heißt es zum Beispiel: „Neues Fremdenrecht *abgesegnet*“ oder „Trump *weiht* Flugzeugträger *ein*“ oder „Justizreform: EU-*Inquisitionskampagne*“ und „*Begnädigung* in Russland-Affäre“ sowie die Forderung nach Wertekursen zur Vermittlung unserer „christlich, abendländischen Werte“.

Dies zeigt nicht nur, aber doch auch sehr deutlich, wie sehr christliche Werte unsere abendländische Kultur prägen und als integrativer Bestandteil unseren Alltag durchdringen. Das kann Christen zusätzlich ermutigen, Flucht und Migration als Herausforderung und als Zeichen unserer Zeit zu sehen, welche eine Gesellschaft erkennen lässt, dass Veränderungen anstehen und eine neue Zeit im Ankommen ist - verdankt doch die Entstehung des christlichen Glaubens maßgeblich theologisch reflektierten Erfahrungen von Exil und Diaspora sowie von Flucht und Vertreibung und der Erfahrung von Heimatlosigkeit.

Die biblischen Aussagen zum Umgang mit Fremden sind klar und eindeutig. Im Alten Testament finden sich Verse wie: "Einen Fremden sollst du nicht ausnützen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen" (2. Buch Mose, Kap 22, Vers 20). "Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott" (3. Buch Mose, Kap 19, Vers 34). Die Israeliten wurden immer wieder an ihr "Fremdsein" in Ägypten erinnert, damit sie mehr Verständnis für Fremde im eigenen Land aufbringen konnten.

Auf Grund dieses hohen Stellenwertes, den das Aufnehmen und Bewirten von Fremden im Alten wie auch im Neuen Testament gleichermaßen hat, reagierte in unserer christlichen Welt zu Beginn der Flüchtlingswelle eine couragierte Zivilgesellschaft mit einer überwältigenden Hilfsbereitschaft. Gleich-



zeitig machte und macht sich eine latent vorhandene, immer größer werdende Angst um den durch die Zuwanderung vermeintlich entstehenden Mangel an Gütern breit.

Die behauptete Knappheit der Güter im Kapitalismus ist gekennzeichnet durch ein strukturelles Unrechtsgefälle von Reich und Arm. Gerade Menschen, die nicht wissen, woher sie die Miete für den nächsten Monat oder das Geld für die notwendigen Utensilien zum Schulanfang für ein oder zwei Kinder hernehmen sollen und dabei ohnehin schon, obwohl Vollzeit erwerbstätig, auf den Einkauf der nötigsten Lebensmittel in einem der immer mehr werdenden Sozialmärkte angewiesen sind, spüren mehrmals täglich einen deutlichen Mangel der Güter und haben Angst, dass ihnen jemand von dem wenigen das sie haben etwas wegnimmt, wegisst. Die Angst, durch die Kosten für die Versorgung und die Betreuung der Flüchtlinge selber als Notleidende im eigenen Land zu kurz zu kommen, untergebuttert und zum Verlierer zu werden, lässt die Flüchtlinge bei vielen zu fremden Personen werden, die von Staatszuwendungen profitieren, welche der steuerzahlenden einheimischen Bevölkerung zu deren Nachteil vorenthalten werden. In dieser Logik weitergedacht, müssen die Fremden ausgegrenzt und abgelehnt werden und, solange sich die interne Begegnung mit ihnen vermeiden lässt, wird das Bestehende und Vertraute gestärkt. Die Flüchtlinge sind so für viele zu Gegnern und Feinden geworden.

Die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika kommen entweder von Kriegsschauplätzen völkerrechtswidriger Militärinterventionen der USA, ihrer Bündnispartner oder Russlands oder sie kommen aus Ländern, deren Ausbeutung durch den westlichen Kapitalismus Armut, Hunger und Elend befördert. Seit der Kolonialzeit wurden und werden Millionen Menschen ausgebeutet, versklavt und ermordet. Diese Ausbeutung brachte Milliarden von Extraprofiten für die Reichen und trug auch zum Wohlstand der Bevölkerung in der westlichen Welt bei. Auch wenn der Wohlstand für viele Bevölkerungsschichten der westlichen Welt zugenommen hat, geht auch hier die Schere von Reich und Arm immer weiter auseinander.

Die Flüchtlinge dieser Tage stehen vor den Grenzzäunen jener, deren Vorfahren schon im Kolonialismus Millionen Menschen ermordet haben, die

wegen billiger Rohstoffe jahrzehntelang Despoten tolerierten und die um des Wirtschaftswachstums willen die Ressourcen der Erde verprassen und zu zerstören bereit sind.

Dieser Blick auf die Entstehungsgeschichte von Armut, Terror und Krieg fordert das „christliche Abendland“ zur Übernahme der Verantwortung für ein Problem auf, das global und strukturell ist. Wir müssen nicht nur helfen, wir müssen uns ändern - unseren Lebensstil, unsere Wirtschaftspolitik und unsere Grundeinstellung.

Die „abendländische Kultur“ kann unter Berufung der ihr zu Grunde liegenden christlichen Werte wieder Vertrauen in die zentrale bleibende Botschaft Jesu lernen: Es ist genug für alle da.

Und sie muss wieder Gerechtigkeit im Sinne des biblischen Gerechtigkeitsbegriffes lernen. Zu ihm gehören die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde, die rechtliche Anerkennung ihrer Verschiedenheit, die Teilhabe aller an der menschlichen Gemeinschaft und deren bzw. der Erde Güter sowie eine eindeutige Option für alle: Arme, Fremde, Kinder, Kranke usw.

Das ist im Prinzip das Konzept der Bergpredigt, die sich im Wesen in drei zentrale, derzeit viel strapa-

zierte, christliche Werte zusammenfassen lässt:

1. Agape Liebe: Ich gebe dir, ohne zu erwarten, dass auch du mir gibst.
2. Erlittenes Leid nicht weitergeben um es nicht zu vervielfältigen.
3. Versöhnung: den Feind verstehen und in ihm sich selbst erkennen.

Christen können sich darauf berufen, dass diese realpolitisch als Verrücktheit und Unmöglichkeit erscheinende Haltung die zentrale Botschaft ihres Glaubens ist, die Jesus gelebt und verkündet hat und für die er letztendlich ermordet wurde. Aber durch seine Auferstehung und die Überwindung des Todes lebt diese Botschaft weiter und befreit so alle Christen von der Angst, nach ihr zu leben. Oder wie es der Philosoph Theodor W. Adorno formuliert: "Nur wenn, was ist, sich ändern lässt, ist das, was ist, nicht alles."

Die derzeit von fast allen politischen Parteien propagierten „Werte des christlichen Abendlands“ nach denen Flüchtlinge und MigrantInnen gemessen und beurteilt und in weiterer Folge in sogenannten Wertekursen belehrt werden sollen, sind in Wahrheit eine zutiefst populistische Verhöhnung der Grundsätze des christlichen Glaubens.

26. Oktober 2017

TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!**

**Flugblattverteilung
ab 9.00Uhr**

Ort:

Denkmal der Republik
1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
(neben dem Parlament, Richtung Bellaria)

Wer mitmacht, kontaktiert uns bitte unter:
ggae@gmx.at

21. November 2017

19.00 Uhr

NACH DER WAHL

Wie geht es weiter?

Diskussionsabend

Ort:

Amerlinghaus, Erdgeschoss, Großer Saal
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Kontakt: ggae@gmx.at

Spendenkonto NEU bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen
Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache angewiesen sind. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten. Beteiligt euch an unseren Diskussionen und Aktivitäten. Wir freuen uns sehr auf ein persönlich Kennenlernen.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"